

den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Erhebt sich Widerspruch? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Überweisungsempfehlung so beschlossen.

Wir treten ein in Tagesordnungspunkt

## 8 Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/866

In Verbindung mit:

**Weiterhin keine Genehmigung von Fracking-Technologie bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas – Wasserschutz sichern – Informations- und Wissensdefizite beseitigen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1266

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1383

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hovenjürgen, der es gar nicht erwarten kann, jetzt endlich das Wort. Herr Kollege, bitte.

(Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

**Josef Hovenjürgen** (CDU): Herr Präsident, herzlichen Dank für die hervorragende Ankündigung.

Wir haben das Thema Fracking schon öfter in diesem Plenum diskutiert. Es ist ein emotionales Thema. Die Menschen sorgen sich bei der Thematik Fracking um die Trinkwasserqualität, um die Unversehrtheit der Trinkwasserstöcke. Dass dies berechtigt ist, haben wir erfahren dürfen. Es ist ja selten genug, dass Gutachten, wenn sowohl die Landes- als auch die Bundesebene solche in Auftrag geben, zu einem ähnlichen Ergebnis kommen.

Danach ist Fracking eine Methode von Rohstoffgewinnung – hier von Erdgas –, die durchaus kritisch bewertet werden muss und die Gefährdungspotenziale besitzt. Hier sollten wir uns gemeinsam darauf verständigen, dass das Gut Trinkwasser dieser Ge-

fährdung nicht ausgesetzt werden darf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat die Bergbehörden angewiesen, derzeit keine Anträge auf Fracking zu entscheiden. Was heißt „derzeit“? Wann kann „derzeit“ aufgehoben werden? Hierzu sind Sie leider nicht konkret. Es wäre schön, wenn Sie unserem Antrag beigetreten wären und eine konsequente Situation geschaffen hätten, Fracking mit chemischen Stoffen, die das Trinkwasser gefährden, zu verbieten. Dazu haben Sie sich nicht durchringen können. Das ist bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Wir sind dabei, auf allen Ebenen über Ressourcenbewahrung und Rohstoffschonung zu reden. Hier diskutieren wir eine Technologie, die das Letzte aus dem Boden herausholt und gleichzeitig Gefährdungspotentiale mit sich bringt, die nicht akzeptabel sind.

(Beifall von der CDU)

Den Kolleginnen und Kollegen der FDP muss ich sagen: Ganz so verharmlosend, wie das in Ihrem heute vorgelegten Papier dargestellt wird, sehen wir Fracking nicht. Wir betrachten es mit großer Sorge. Wir sagen, dass der Schutz des Trinkwassers deutlich vor den möglichen Vorteilen kommt, zum Beispiel der Möglichkeit, eine größere Menge Erdgas in unserem Land selbst zu gewinnen. Wir müssen nicht alles aus dem Boden herausholen. Wir dürfen unseren Kindern und Kindeskindern durchaus noch etwas übrig lassen, damit auch sie in der Lage sind, ihre Zukunft zu gestalten. Es muss möglich sein, in Nordrhein-Westfalen auch einmal auf etwas zu verzichten, wenn das heute technologisch nicht beherrschbar ist. Das ist die Technik des Frackings heute noch nicht.

Insofern wäre es mir lieb gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie hierzu eine konsequentere Haltung an den Tag gelegt hätten. Vielleicht haben Sie ja gleich doch noch die Größe, unserem Antrag zuzustimmen. Er hat die größere Konsequenz; er ist definitiv der Antrag, der heute notwendig ist, um auf die Fragen, die beim Fracking zu stellen sind, die richtige Antwort zu geben. Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Antrag zu, dann tun Sie heute zum ersten Mal etwas Richtiges!

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion ist nun Herr Kollege Eiskirch an der Reihe.

**Thomas Eiskirch**<sup>1)</sup> (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will einmal mit zwei Klammerbeuteln anfangen.

Wir wären doch gemeinsam mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir in Nordrhein-Westfalen angesichts der Herausforderung der Energiewende, der Situation, über welche heimischen Rohstoffe wir verfügen, wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nicht wissen wollen würden, was liegt da in der Erde und kann man da zu vernünftigen Konditionen drankommen, um heimische Energieträger zu nutzen.

Herr Kollege Brockes, der zweite Klammerbeutel:

Wir wären aber genauso mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir es hochholen würden, ohne zu wissen, welche Risiken dabei bestehen und wir unverantwortungsvollerweise eingehen würden, gerade im Hinblick auf die Wassersituation und die Gewässersituation.

(Beifall von der SPD)

Da diese Landesregierung und gerade die beiden für diese Fachbereiche zuständigen Minister Duin und Rimmel nicht mit dem Klammerbeutel gepudert sind, bewegt sich diese Landesregierung genau zwischen diesen beiden Aussagen und Polen und beschreitet einen Weg, der deutlich macht, dass wir verantwortungsvoll damit umgehen, diese Gefahren zu sehen und abzuschätzen und auf der anderen Seite nicht einfach schon heute und für alle Zeiten Möglichkeiten zur heimischen Energiegewinnung zu verschütten, ohne zum Beispiel Perspektiven auf technologischen Fortschritt in der Hebung solcher Vorkommen zu legen.

Am 17. Dezember 2010 informierte der damalige Wirtschaftsminister Voigtsberger den Landtag im Wirtschaftsausschuss erstmals über unkonventionelle Gasvorkommen in Nordrhein-Westfalen. Seit knapp zwei Jahren wird das Thema Fracking nun auf verschiedenen Ebenen in Politik und Wirtschaft, Behörden und Unternehmen und in der Gesellschaft diskutiert.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen heute einen Antrag zur Abstimmung, der – so ist zumindest meine Wahrnehmung – die politische Diskussion und die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Diskussionen und Studien richtig reflektiert. Angesichts der aktuell verfügbaren wissenschaftlichen Datenlage wäre es, wie gerade schon ausgeführt, unverantwortlich, Bohrungen zur Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen mit dem Einsatz der Frackingtechnologie nach heutigem Stande zu genehmigen.

Frackingaktivitäten in Wasserschutzgebieten, Wassergewinnungsgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung, in Heilquellenschutzgebieten sowie im Bereich von Mineralwasservorkommen werden wegen der derzeitigen unsicheren Datenlage und

der nicht auszuschließenden Umweltrisiken grundsätzlich ausgeschlossen. Die Landesregierung darf und wird keine Genehmigung für Frackingmaßnahmen zulassen, bis die nötigen Datengrundlagen zur Bewertung vorhanden sind und zweifelsfrei geklärt ist, dass der Wasserschutz gesichert wird. Das ist doch ein vernünftiges Vorgehen, genau so auch abzuschichten.

Genauso fahrlässig wäre es jedoch, bereits heute für alle Zeiten auszuschließen, dass heimisches Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten zukünftig einmal einen Beitrag zur Energieversorgung leisten kann.

Deswegen sage ich noch einmal: Die Landesregierung und besonders die beiden für diese Themen zuständigen Minister handeln verantwortlich, weil sie die Genehmigungsfähigkeit von Erkundungsbohrungen ohne Fracking prüfen und Forschungsbohrungen ohne Fracking unter Federführung der Wissenschaft erörtern wollen, um die vorhandenen Wissens- und Informationsdefizite abzubauen und Lücken zu schließen.

Neben der Frage, wie wir die Datengrundlage dessen, was und wie es dort unten liegt, verbessern können, werden wir mit großem Interesse die Entwicklung in den Unternehmen im Auge behalten. Dort wird daran geforscht, Erdgas aus festem Gestein ohne giftige Stoffe zu gewinnen und/oder Frackingmethoden entsprechend voranzubringen.

Deswegen können dem Antrag aus meiner Sicht alle zustimmen, auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Sie sollten sich endlich dazu bekennen und auch das Thema „Umweltverträglichkeitsprüfung“ unterstützen. Die Landesregierung hat es in den Bundesrat eingebracht. Von der schwarz-gelben Landesregierung in Niedersachsen wird es nicht unterstützt, sondern massiv befeuert und aufgehoben. Es muss klar sein: Egal was kommt, die Umweltverträglichkeit steht an erster Stelle.

Meine lieben Damen und Herren, vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich meine, der Antrag von SPD und Grünen bietet zum ersten Mal eine Grundlage, auf der wir mit gemeinsamer Stimme aus diesem Haus den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber deutlich machen können, wie die Ausgangslage ist und dass es verantwortungsvoll handelnde Politiker in dieser Landesregierung gibt, die genauso mit dem Weg umgehen, den wir beschreiten, um die beiden Pole, von denen ich vorhin gesprochen habe, im Auge zu behalten. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Brems das Wort.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Eiskirch hat eben schon beschrieben, dass wir uns seit zwei Jahren mit dem Thema im Land und im Landtag beschäftigen. Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung immer sehr vorbildlich damit umgegangen ist. Nach Bekanntwerden der Risiken hat sie Erlasse herausgegeben, die zunächst einmal einen Stopp verfügt haben, bis man Dinge geklärt hat.

Dann hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben. Jetzt sind die Ergebnisse des Gutachtens – ich gehe gleich noch auf einzelne Punkte ein – bekannt geworden. Es liegen nicht genügend Daten vor, um die nächsten Schritte zu gehen. Bis auf Weiteres können also keine Genehmigungen ausgesprochen werden. Die nächsten Schritte müssen in einem gemeinsamen Prozess festgelegt und die Wissenslücken geschlossen werden. Diese Einzelheiten hat Herr Eiskirch eben ausgeführt.

Ganz anders sieht es dagegen auf der Bundesebene aus. Da passierte lange gar nichts. Auf Anfragen von Grünen-Abgeordneten hat der damalige Umweltminister, Herr Röttgen, noch gesagt: Es gibt eigentlich gar keinen Unterschied zwischen unkonventionellem und konventionellem Erdgas, und alles andere haben die Länder zu regeln. – Noch im Mai wurde im Bundestag ein Antrag, in dem es um Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit in Bezug auf unkonventionelles Erdgas ging, von CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt. Auf all diese Möglichkeiten hätte man reagieren können.

Im Bundesrat gab es von den anderen Bundesländern bisher keine Zustimmung zu dem Antrag, die Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend in das Bergrecht einzufügen. All diese Dinge sind bisher nicht passiert und werden in Ihrem Antrag überhaupt nicht erwähnt, liebe CDU.

Ich möchte ein paar Aspekte aus dem Gutachten ansprechen, weil ich sie wichtig finde und weil wir uns damit in Zukunft noch werden beschäftigen müssen. Mit den Beschlüssen zu diesen Anträgen setzen wir bestimmt nicht den Schlusspunkt unter die Debatte; ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Als Beispiel möchte ich anführen: Laut dem Gutachten gibt es nicht genügend Daten, um eine abschließende Risikobewertung vorzunehmen, beispielsweise was das Grubenwasser angeht. Es ist also nicht auszuschließen, dass auch in entfernteren Bereichen zum ehemaligen Steinkohlenabbaugebiet die Grubenwasserhaltung einen Austrag der Frackflüssigkeit im Untergrund hervorrufen kann.

Die Gutachter sind zu dem Ergebnis gekommen: Während des Prozesses werden die entsprechenden Rohre, Zementierungen und weiteren technischen Einrichtungen wahrscheinlich nicht versagen. Aber eine Langzeitbetrachtung, was das für immer bedeutet, kann man nicht anstellen, sondern eher

sagen: Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass dort etwas passiert.

Zur Flächeninanspruchnahme: Im dicht besiedelten Land Nordrhein-Westfalen besteht eine hohe Flächenkonkurrenz. Das wird von der CDU immer wieder gerne angesprochen, wenn es um erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Naturschutz geht. Hier gibt es einen weiteren Aspekt, der wiederum große Flächen in Anspruch nehmen könnte.

Zu guter Letzt zum sogenannten Flowback, der Mischung aus Lagerstättenwasser und hinuntergepumpten Chemikalien, die man wieder nach oben holt: Es gibt keine systematische Aufarbeitung, wie damit bisher – zum Beispiel in Niedersachsen – umgegangen wurde. Die Art der Entsorgung dieser Dinge ist vollkommen ungeklärt. In Niedersachsen wurde es bisher in sogenannten Disposalbohrungen einfach in die Erde gepumpt und dort unten für immer gelagert. Ich finde es unverantwortlich, etwas, von dem man nicht weiß, woraus es besteht, wie es reagiert und was es in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten tun wird, für immer an eine Stelle zu verpressen, weil es die wirtschaftlichste Möglichkeit ist und man nichts anderes gefunden hat.

Es ist also noch viel zu klären. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es nicht verantwortbar, Bohrungen zur aufsuchenden Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mit Fracking zu genehmigen. Deswegen bin ich froh über die Haltung der Landesregierung.

Ich möchte noch kurz auf die anderen Anträge von CDU und FDP zu sprechen kommen. Liebe CDU, Sie fordern hier Dinge, die die Landesregierung längst macht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Seit wann?)

Die Landesregierung stellt längst sicher, dass es unter den aktuellen Bedingungen nicht zu Fracking kommt. Das Dieselöl in Stemwede wird zurückgeholt. Wir wollen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, das zu unterstützen. Ihre Äußerungen dazu, Bundesminister Altmaier in seinen Bemühungen zu unterstützen, obwohl vorher lange Zeit nichts passiert ist, sind fast ein bisschen lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur FDP muss ich sagen: Sie lässt langsam die Katze aus dem Sack. In den ersten Sätzen scheint die Verwunderung durch, dass es Skepsis in der Bevölkerung gibt. Dann ist zu lesen, dass das Fracking in Deutschland ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Wenn Sie bitte zum Ende kommen, Frau Kollegin.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Ich komme sofort zum Schluss. ... bisher 300 mal durchgeführt wurde. Ich denke, die Anzahl, wie oft eine Sache durchgeführt wurde, hat nichts damit zu tun, wie risikobehaftet sie ist oder wie kritisch man sie sehen kann. Pauschale Vergleiche ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Ende kommen. Sie sind eine Minute über der Redezeit.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr kritisch sehe ich zu guter Letzt Ihren Satz: Der Einsatz von wassergefährdenden Stoffen beim Fracking ist möglichst abzustellen. – Schwammiger geht es nicht. Das finde ich von Ihrer Seite sehr schwach.

Wir setzen uns dafür ein, diese Dinge, die ich eben genannt habe, im Auge zu behalten, die Sorge für unser Wasser als Lebensgrundlage für uns alle höher zu bewerten als alle anderen Interessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion ist jetzt Herr Kollege Brockes an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dietmar Brockes** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegen heute drei Anträge vor, die sich mit der Nutzung unkonventioneller Erdgase durch die sogenannte Fracking-Methode beschäftigen. Ich glaube, dass es gut und richtig ist, dass wir uns in diesem Hohen Hause mit diesem schwierigen, aber auch komplexen Themenfeld beschäftigen.

Aber ehrlich gesagt befürchte ich, dass wir dieser Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen seitens der antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD und Grünen, insofern nicht ganz gerecht werden, als Sie Ihre Anträge heute direkt abgestimmt haben wollen. Ich meine, es wäre richtig und wichtig, wenn wir versuchen würden, uns zusammenzurufen, um eine gemeinsame, gute und positive Position für unser Land zu erreichen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Frau Kollegin Brems, da helfen dann auch keine Schuldzuweisungen nach Berlin oder zu erzählen, wie toll es doch in der Vergangenheit gewesen sei, wenn man andererseits vergisst, wie schlecht zu Beginn der Debatte die Information seitens der Bezirksregierung und der Landesregierung war. Das hilft alles nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wir sollten hinschauen und zusehen, dass wir gemeinsam weiterkommen. Denn die Nutzung unkonventioneller Erdgase bietet

enorme Chancen. Herr Kollege Hovenjürgen, ich finde es schon bedenklich, wenn die Union diese Chancen rigoros ausschließt. Damit haben Sie sich auch in der Energiepolitik ein Eigentor geschossen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mal wieder!)

Wenn wir über die Preise reden, dann muss man auch überlegen, welche eigenen Potenziale man besitzt. Wir könnten, wäre die Förderung des Erdgases unter vertretbaren Konditionen möglich, die Importabhängigkeit deutlich verringern. Einige andere Länder haben

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

durch die Nutzung der unkonventionellen Erdgase ihre Energiepreise massiv senken können. Und das ist gerade in der derzeitigen Debatte sehr wichtig.

Wenn ich die Chancen nach vorne stelle, dann möchte ich keineswegs verschweigen, dass es auch mit enormen Risiken verbunden ist. Von daher, Herr Kollege Hovenjürgen, ist es auch unredlich zu behaupten, dass dies in unserem Antrag nicht betrachtet würde.

Meine Damen und Herren, ja, wir haben eben noch nicht die Informationen, die wir benötigen. Das ist eine typische Situation für die Politik: eine typische Abwägungssituation. Wir müssen uns informieren und dann eine Abwägung treffen, unter welchen Bedingungen wir letzten Endes bereit sind, diese Potenziale zu nutzen. Ich bin auch deshalb so traurig, dass wir nicht versuchen, eine gemeinsame Position zu finden, weil ich glaube, dass uns in diesem Hohen Hause eint, dass wir nicht bereit sind, das Fracking zu nutzen, wären damit enorme Gefährdungen für das Grundwasser verbunden.

Ebenso eint uns, dass wir alle sagen: Wir brauchen noch weitere Informationen, weitere Untersuchungen. Da bin ich bei einem der Punkte, der unseren Antrag von den anderen unterscheidet: Um diese Informationen zu erhalten, brauchen wir auch weitere Erkundungen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

Deshalb fordern wir ganz klar jetzt Erkundungen, die ohne die Frackingmaßnahme durchgeführt werden können, damit wir mehr Informationen gewinnen und unsere Potenziale besser einschätzen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und würde mich über die Zustimmung freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es

schade, dass es nur fünf Minuten Redezeit für so ein wichtiges Thema gibt. Ich hätte mir auch gerne Frau Brems Beitrag in Ruhe angehört.

Ich werde mit einer etwas ungewöhnlichen Einleitung anfangen, nämlich mit einem Hinweis auf Peer Steinbrück und seine Nebeneinkünfte: Von der Wiege bis zur Bahre: Honorare, Honorare! Aber er ist nicht der einzige, der das kann. „Captain Future“, der ehemalige Ministerpräsident Rüttgers von der CDU, hatte kleine Rendezvous im Separee, eine Stunde für 20.000 €, anzubieten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Claims für das Fracking hier in Nordrhein-Westfalen von der CDU- und FDP-Regierung intransparent und geheim in Hinterzimmern abgesteckt wurden.

Zum Fracking ist nur das zu sagen, was in einer Resolution vom BUND formuliert wurde, die wir Piraten übernommen haben:

„Die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen muss verboten werden. Es handelt sich um eine Hochrisikotechnologie, deren Folgen nicht kontrollierbar, nicht rückholbar, nicht reparierbar sind. Alle bisher erprobten Techniken sind zu risikoreich für Menschen, Umwelt und Ressourcen. Bei Unfällen gibt es keine Gegenmaßnahmen, die angewendet werden können.“

Mehr ist zu dem Thema nicht zu sagen.

Da wir jetzt nun einmal eine Rechtslage haben, nach der wir uns mit dem Fracking befassen müssen, muss der Besorgnisgrundsatz aus dem Wasserrecht unbedingt berücksichtigt werden. Es gilt eine Umkehr der Beweislast. Wer fracken will, muss nachweisen, dass es wirklich kein Risiko für unser Wasser gibt.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen Umweltverträglichkeitsprüfungen für jede einzelne Bohrung. Das Europarecht und das Umweltrecht müssen hier über dem deutschen Bergrecht stehen. Wir brauchen Bürgerbeteiligung bis hin zu Volksabstimmungen in den betroffenen Gebieten darüber, ob die Bürger dort überhaupt Fracking wollen.

Fracking ist eine fossile Technologie. Das ist ein weiteres Hindernis für die Energiewende. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz bei Fracking ist unterirdisch, und der Wasserverbrauch ist überirdisch –

(Beifall von den PIRATEN)

der Wasserverbrauch nicht nur für das Fracking selbst, sondern auch mit Blick auf die Ewigkeitsschäden, wenn nachher unter Umständen generationenlang die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten mit Trinkwasser versorgt werden muss, das von sonst woher herangekarrt wird. Das haben wir schon in den USA.

Es gibt Vorschläge zur Bergrechtsreform, zum Beispiel von der Bezirksregierung. Es ist ganz ungewöhnlich, dass eine Bezirksregierung sich direkt an den Bundesgesetzgeber wendet. Aber in diesem Fall war das eben nötig. Auch die grüne Bundestagsfraktion hat gute Vorschläge zur Bergrechtsreform eingebracht. Das muss man wirklich sagen. Unsere eigenen Vorschläge dazu sind ganz ähnlich. Die EU-Kommission ist am deutschen Bergrecht dran und prüft, ob es überhaupt mit EU-Recht vereinbar ist. Wir können nur hoffen, dass die EU-Kommission das Bergrecht kippen wird.

Diejenigen, die fracken wollen, verhalten sich im Moment etwas inkonsistent. Wintershall hat auf der einen Seite angekündigt, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre in Deutschland Fracking nicht möglich sein wird. Auf der anderen Seite versuchen sie jetzt gerade, in Niedersachsen eine Genehmigung zu bekommen. Exxon stellt sich im Moment auch etwas abwartend dar. Sie haben in Nordwalde gesagt, dass sie erst einmal ein Gutachten abwarten wollen. Die Gründe dafür sind massiver Bürgerwiderstand, und das ist gut so.

Der Regierungsantrag ist uns ein bisschen zu zaghaft formuliert. Wir wollen ein klares Verbot, wie es andere europäische Länder, wie Frankreich und Bulgarien, gemacht haben, und wie es in einzelnen Bundesstaaten der USA schon gilt. Dennoch ist dieser Regierungsantrag als erster Schritt zustimmungsfähig.

Den CDU-Antrag kann man einfach nur ablehnen, wenn Sie hier schreiben, dass sich die Landesregierung um Stemwede kümmern soll. Darum soll sich gefälligst die alte Landesregierung kümmern, die Exxon erlaubt hat, dort mit Diesel zu fracken und eine Riesenschweineerei anzurichten.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von den PIRATEN: So ist es!)

Bundesumweltminister Altmaier unterstützen! – Den kann man nur dabei unterstützen, dass er bei der nächsten Bundestagswahl abgewählt wird.

Beim FDP-Antrag verhält es sich ähnlich. Den kann man auch nur ablehnen. Die Begründungen sind schlecht. Es wird behauptet, unkonventionelle Erdgasförderung könne einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. – Nein, kann sie nicht. Das ist ein Klacks mit der „Wichsbürste“, was dabei herauskommt. Das gibt einen Riesenaufwand, um dieses bisschen Erdgas dort hervorzufracken mit einer Riesengefahr für unsere Umwelt.

Also: Den FDP-Antrag ablehnen. Den CDU-Antrag ablehnen und dem Regierungsantrag trotz seiner Unzulänglichkeiten erst einmal zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder, für Ihren Beitrag. – Ich möchte allerdings zu Ihrem Auftritt hier eine Bemerkung machen. Es gibt eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen nach der Landtagswahl, was die Kleidung angeht, wie wir uns im Parlament kleiden und wie wir an das Rednerpult gehen. Es gibt eine Vereinbarung, dass ein Jackett angezogen wird. Ja, es ist schön, dass Sie es dabei haben.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Es ist abgemacht worden, dass man keine Krawatte zu tragen braucht, aber man soll hier nicht mit Hosenträgern erscheinen und man soll auch ein Jackett anziehen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich beim nächsten Mal an die Vereinbarung halten würden, die zwischen den Fraktionen getroffen worden ist. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Für die Landesregierung spricht nun Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle haben eben vernommen, was Ihnen der freundliche Kollege Herr Hovenjürgen als Abstimmungsempfehlung anheimgegeben hat. Mir schien es aber eher ein wenig eine Selbstbeschwörung zu sein, weil Sie doch nicht so ganz sicher sind, ob der Antrag, den Sie vorgelegt haben, noch auf der Höhe der Zeit ist. Das ist das, was auffällt.

Damit möchte ich mich beschäftigen, weil die Dinge, die in dem Antrag gefordert werden, erledigt sind. Wir haben zum einen mit einer entsprechenden Verlängerung der Erlasslage den Grundsatz, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Maßnahmen mit Fracking und auch keine Probebohrungen, die damit in Zusammenhang gebracht werden können, genehmigen wollen.

Wir haben zum Zweiten die Problemlagen, die in der Vorgängerzeit verursacht worden sind, am 29. Oktober per Erlass und Sonderbetriebsplan geregelt.

Zum Dritten gibt es eine gemeinsame Grundlage über alle Fraktionen hinweg – vielleicht mit Ausnahme der FDP-Fraktion –, dass wir uns hier auf bestimmte einheitliche Maßstäbe verständigen.

Für uns alle gilt – und daran sollten wir auch festhalten –: Trinkwasser, Wasser, ist unser wichtigstes Lebensmittel und bedarf deshalb des besonderen Schutzes und der besonderen Obacht.

Des Weiteren ist für uns alle klar, dass es in Nordrhein-Westfalen keine Frack-Maßnahmen mit giftigen Chemikalien geben wird. Auch das eint uns, wie ich glaube, über die drei Fraktionen.

(Christian Lindner [FDP]: Über alle Fraktionen!)

– Das ist ja gut, wenn Sie das noch einmal ausdrücklich unterstreichen, sehr gerne. Auch ich bin in dieser Frage an einem größtmöglichen Konsens interessiert. Auch die FDP-Fraktion möchte also in Nordrhein-Westfalen kein Fracking mit giftigen Chemikalien. Ich bin sehr dankbar darüber, dass Sie diese Klarheit zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich möchte einen weiteren Punkt anfügen, für den ich auch gerne Ihre Unterstützung hätte. Das betrifft das Anliegen, mit der Bundesebene – mit der Bundesregierung und mit dem Bundestag – Einigkeit darüber zu erzielen, die notwendigen Prüfmaßnahmen, beispielsweise im Rahmen einer vorgeschriebenen UVP, auf den Weg zu bringen.

Nordrhein-Westfalen hat, Herr Hovenjürgen, einen Antrag im Bundesrat gestellt. Herr Altmaier hat sich zu dieser Position durchgerungen, hat aber keine Unterstützung innerhalb der Bundesregierung, weil der zuständige Wirtschaftsminister blockiert, Herr Lindner. Ich würde mir wünschen, dass Sie uns da unterstützen könnten. Das kann schon in der nächsten Woche der Fall sein. Wir haben dieses Thema nämlich auf der Tagesordnung der Umweltministerkonferenz. Ich würde mir wünschen, wir würden hier eine Initiative aus dem Kreis der Umweltminister auch mit Unterstützung der FDP auf den Weg bringen, um diese Lücke, die rechtlich zu schließen ist, tatsächlich zu schließen.

Ich möchte allerdings nicht verhehlen – und Herr Hovenjürgen, deshalb sind wir weiter –: Die Studie hat deutlich gemacht, dass wir noch einige neue zusätzliche Erkenntnisse brauchen, die man auch bewerten muss.

Es geht also um eine Antwort auf die Frage nach dem Defizit, darum, wie wir die Datenlücken aufarbeiten.

In Nordrhein-Westfalen gibt es im Untergrund anderes Gestein als in Niedersachsen. Neueste Erkenntnis: Wir befinden uns etwas näher am Grundwasser als Niedersachsen. Es geht um einen Unterschied von gut 2.000 bis 3.000 m. Das muss man besonders beachten.

Bisher war wohl auch die Tatsache nicht allen so präsent, dass wir keine Lösung für die Gemische haben, die im Rahmen des Frackings zur Anwendung kommen. Was passiert beispielsweise mit dem Abwasser? – Auch diese Frage steht neu auf der Tagesordnung. Ich wünschte mir, dass das fachlich entsprechend beachtet wird.

Um eine rechtliche Problematik kommen wir wirklich nicht herum; da müssen wir die Karten offen auf den Tisch legen: Nach Bergrecht haben die Antragsteller einen gewissen Anspruch, dass ein Antrag auf eine sogenannte Probebohrung beschieden wird. Ande-

rerseits haben wir Erkenntnisdefizite. Wenn man diese Erkenntnisdefizite beheben will, dann gehören dazu logischerweise auch Bohrungen, die eben gerade dazu dienen, sie zu beheben.

Es besteht also ein gewisser Widerspruch: Einerseits will man keine Maßnahmen mit Fracking zulassen, andererseits muss man neue Erkenntnisse gewinnen. Nach Vorstellung der Landesregierung und der Regierungsfractionen ist dieser Widerspruch nur dann auflösbar, wenn man alle an einen Tisch holt und mit allen spricht – den Umweltverbänden und den Unternehmen –, um zu einer gemeinsam getragenen Lösungsstrategie zu kommen. Diese Lösungsstrategie könnte darin bestehen, unter wissenschaftlicher Federführung die Erkenntnisse zu gewinnen und Erkenntnisdefizite zu beseitigen und dazu in diesem Rahmen Probebohrungen zuzulassen.

Wir können kein Interesse daran haben, in ganz Nordrhein-Westfalen – sozusagen in jedem Claim – Probebohrungen vorzunehmen, aber keine gemeinsame Strategie zu haben, was wir an Daten gewinnen wollen und mit welcher Zielsetzung das Ganze erfolgt. So lautet die Absprache innerhalb der Landesregierung. Das ist Konsens in den Koalitionsfraktionen.

Ich würde mir wünschen, dass auch die Oppositionsfractionen sich diesem anschließen könnten. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Rimmel, mit Blick auf das Datum unseres Antrags wird Ihnen deutlich, dass wir ihn schon vor dem Vorliegen der Gutachten gestellt haben. Natürlich haben auch wir die Gutachten gelesen und ziehen ähnliche Schlussfolgerungen wie Sie. Allerdings sind wir nicht bereit, Risiken einzugehen.

Insofern noch einmal: Wenn es zu Probebohrungen kommt, stellen Sie bitte sicher, dass bei diesen Probebohrungen keine wassergefährdenden Stoffe eingesetzt werden. Wenn Sie diese Maßnahme schon zulassen, dann stellen Sie das sicher.

(Beifall von Bernd Krückel [CDU])

Kollegen Brockes möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal etwas sagen: Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Fracking aus, wohl aber gegen Fracking mit chemischen Stoffen. Solange die eingesetzt werden müssen und werden, können wir Fracking nicht zustimmen. Erst wenn ein Frackverfahren gefunden worden ist, bei dem Wassergefährdung auszuschließen ist, kann man mit uns

darüber reden. Ich glaube, dass diese Haltung konsequent ist.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wir haben drei Abstimmungen durchzuführen.

In der ersten Abstimmung geht es um den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/866**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Dieser Antrag ist mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt** worden.

Wir stimmen – zweitens – über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1266** ab. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit auch hier zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt gegen den Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der Piraten gegen die Stimmen der CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen – drittens – zum **Entschließungsantrag Drucksache 16/1383** der FDP-Fraktion. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und von den Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt** worden.

(Christian Lindner [FDP]: Es gab Enthaltungen bei den Piraten!)

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 8 angelangt. Wir kommen zu:

## 9 Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III?

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1046

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1376